

Hannoversche Linke

Region Hannover

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Hannoversche Linke • Viktoriastr. 42 30451 Hannover

Viktoriastr. 42

30451 Hannover

Tel.: 05 11 / 3 00 69 00

Fax: 05 11 / 59 02 85 24

hannlinke@hannover-stadt.de

www.hannoverschelinke.de

7.01.2009

Hannoversche Linke unterstützt Forderungen kommunaler Spitzenverbände und der IG Metall nach zinslosen Krediten für verschuldete Gemeinden!

Haben sich noch am 18. Dezember alle Parteien, einschließlich der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Hannover gegen unsere Forderung nach einem Zinsmoratorium der Banken vehement ausgesprochen, so fordern mittlerweile die kommunalen Spitzenverbände und der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, zinsfreie Kredite für die Kommunen. „Damit wird die Forderung nach einem Zinsmoratorium bereits in Ansätzen angenommen“, so der Gruppenvorsitzende Luk List. Die von den Banken verursachte Finanzkrise hat zu erheblichen Belastungen der kommunalen Haushalte geführt. Allein die Landeshauptstadt Hannover zahlt 2009 voraussichtlich 43,5 Millionen an die Banken. Den Banken wird durch staatliche Zuschüsse und Bürgschaften auf Kosten des Steuerzahlers herausgeholfen. Die Rezession führt bereits jetzt zu einem dramatischen Einbruch des Steueraufkommens. Mit einem Zinsmoratorium soll die Handlungsfähigkeit der Kommunen gesichert werden.

Die IG Metall und kommunale Spitzenverbände fordern zinslose Kredite für verschuldete Kommunen. Mit einem Zukunftsinvestitionsfonds mit einem Umfang von 100 Milliarden Euro für die Dauer von drei bis vier Jahren soll in die Bereiche Bildung, Umwelt, Forschung, Infrastruktur, Kommunikation und Energie investiert werden.

Aus diesem Zukunftsfonds sollen Kommunen zinslose Kredite mit einem 90prozentigen Zuschussanteil und einer Laufzeit von bis zu 15 Jahren gewährt werden. Die kommunalen Gebietskörperschaften sind verantwortlich für zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Bundesländer können aus diesem Fonds zinslose Kredite mit einem 50prozentigem Zuschussanteil erhalten, wenn sie in Bildung und Forschung investieren.

„Durch ein Zinsmoratorium mit dem die Zinszahlungen an die Banken ausgesetzt werden, soll den Kommunen die Möglichkeit zu dringend erforderlichen Investitionen geschaffen werden. Die Kommunen sind nach wie vor ein solventer Kreditnehmer, also kein Risikogeschäft für die Kreditvergabe. Banken und Kreditinstitute können nicht in doppelter Hinsicht durch staatliche Zuschüsse einerseits und durch Zinszahlungen verschuldeter Kommunen profitieren“, erklärte Luk List.

Hannoversche Linke. Region Hannover